

Gewerkschaftspolitisches Spitzengespräch

dbb Landesleitung zu Gast im Finanzministerium

Doppelhaushaltsentwurf enthält für den öffentlichen Dienst Licht und Schatten

Ministerin Doris Ahnen führte eingangs des intensiven Gesprächs am 31. Oktober 2024 aus, dass der aktuelle Doppelhaushaltsentwurf über 1.500 Stellen Zuwachs für 2025 vorsehe und über 400 zusätzliche Stellen in 2026. Enthalten seien auch Mittel für die Anpassung von Besoldung und Versorgung im Landesdienst. So werde die Balance zwischen Stellenzuwachs und Tarifbeziehungsweise Besoldungs- sowie Versorgungsentwicklungen gut gehalten an der haushaltsmäßigen Belastungsgrenze.

Die dbb Delegation unterstrich die gewerkschaftliche Anerkennung für die seinerzeitig schnell erfolgte 1:1-Übertragung des TV-L-Ergebnisses 2023 auf Besoldung und Versorgung im Landes- sowie Kommunaldienst. Aber Grundposition des dbb rheinland-pfalz sei definitiv, dass viel mehr Geld in den öffentlichen Dienst und sein Personal investiert werden müsse.

Am Beispiel der Schulen wurde verdeutlicht, wie angespannt die Personalsituation derzeit ist: Trotz des beabsichtigten Stellenaufbaus sei fraglich, ob genügend Personal an die Schulen komme, denn es fehlten Bewerberinnen sowie Bewerber. Gefordert wurde eine allgemeine Anhebung der Anwärterbezüge sowie der Eingangsamtsbesoldung. Gefordert wurde auch die Zuerkennung einer höheren



Die stellv. dbb Landesvorsitzenden Lars Lamowski und Peter Mertens, dbb Landeschefin Lilli Lenz, Finanzministerin Doris Ahnen, dbb Landesvize Robert Tophofen, Zentralabteilungsleiterin Ute Hahnwald und die stellv. dbb Landesvorsitzenden Johanna Mieder sowie Hans-Dieter Gattung (von links).

Wegstreckenentschädigung für Dienstfahrten in Ausbildung. Außerdem wurde angeregt, die Trennungsgeldverordnung wegen eines generellen Aufwendungsanstiegs zu überprüfen.

Die Ministerin sah keinen Grund für Anhebungen von Anwärter- und Eingangsamtsbesoldung. Sie lehnte höhere Kilometersätze für Dienstfahren in Ausbildung aus systematischen Gründen ab, sagte aber zu, die Trennungsgeldverordnung zu überprüfen.

dbb Forderungen nach zusätzlichen Erschwerniszulagen erteilte Doris Ahnen eine Absage, da es sie nur für ein „Mehr“ an Dienstleistung geben könne, aber nicht für ein „Anders“ in der Dienstleistung. Keinen Ergänzungsbedarf sah die Ministerin auch im Dienstunfallrecht und wies damit den gewerkschaftlichen Vorschlag einer zusätzlichen Angriffsentschädigung zurück.

Die dbb Landesleitung warb dafür, gemäß des Mitgliederwunsches nach Zulagen und Entschädigungen mehr an Attraktivitätssteigerung und Wertschätzung im öffentlichen Dienst zu denken und forderte vor diesem Hintergrund die Ruhegehaltfähigkeit von Polizei-, Strafvollzugs- und Feuerwehrzulage, wie es sie immerhin beim Bund und in drei Bundesländern (wieder) gibt. Auch das wies die Finanzministerin zurück, da systematisch keine Fortwirkung in den Ruhestand geboten sei.

Weiter forderte die dbb Landesleitung erneut die Abschaffung der beihilfenrechtlichen Kostendämpfungspauschale. Die Finanzministerin lehnte das unter Verweis auf die politische Wertungsentscheidung der Landesregierung ab, wonach eine Streichung zu teuer wäre und eher Angehörige oberer Besoldungsgruppen ungerechtere teilweise entlasten würde.

Die Finanzministerin betonte, dass ihr Haus gewerkschaftliche Eingaben stets prüfe und unabhängig davon das finanzielle öffentliche Dienstrecht stets kontrolliere auf objektiven, rechtlichen oder tatsächlichen Anpassungsbedarf. Man veranlasse im Rahmen der Haushaltsfinanzierung das, was nötig, angemessen und finanzierbar sei.

An dem Gespräch nahmen neben Staatsministerin Doris Ahnen die Zentralabteilungsleiterin Ute Hahnwald und der Besoldungs-/ Versorgungsreferent Pascal Klöckner teil. Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz wurde begleitet von den stellv.

Landesvorsitzenden Johanna Mieder, Hans-Dieter Gattung, Lars Lamowski, Peter Mertens und Robert Tophofen sowie Landesgeschäftsführer Malte Hestermann.

Gewerkschaftspolitisches Spitzengespräch

Daueraufgaben Personalgewinnung und Personalbindung

dbb Landesleitung sieht Verbesserungspotential

Der öffentliche Landesdienst muss sich auch in Rheinland-Pfalz anstrengen, um in verschärfter Branchenkonkurrenz qualifiziertes Personal gewinnen und halten zu können. Das ist kein Sprint, sondern ein Dauerlauf mit vielen Hindernissen. Darin war sich die dbb Landesleitung im Austausch mit Innenminister Michael Ebling am 16. Oktober 2024 einig.

Mit Blick auf den aktuellen Doppelhaushaltsentwurf wurde unter anderem über die Einführung einer Arbeitsgebedachmarke des Landes und die Überarbeitung des Karriereportals des Landes gesprochen, die die Landesregierung beabsichtigt. Die dbb Delegation begrüßte die Pläne des Innenressorts, gab aber gleichzeitig zu bedenken, dass in Zeiten zunehmenden Nachwuchs- und Fachkräftemangels unbedingt neben den „weichen“ Faktoren wie Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Bewerberinnen und Bewerbern besonders auch die Bezahlungsbedingungen stark von Interesse seien. Gefordert wurde deshalb eine Anhebung der Eingangsamtsbesoldung

und der Anwärterbezüge sowie eine Verbesserung der Reisekosten in der Ausbildung.

Dass der Ministerrat gerade das vom Innenressort ausgearbeitete Konzept eines Langzeit-Arbeitszeitkontos verabschiedet hat, begrüßte die dbb Landesleitung grundsätzlich. Trotzdem besteht die dbb Forderung nach einem wirklichen Lebensarbeitszeitkonto weiter. Zwar sieht das ministerielle Konzept eine begrüßenswerte „Startgutschrift“ von bis zu 200 Stunden für Überstunden aus der Corona- und Energiekrisenzeit vor, aber „Zukunftsbuchungen“ auf das Dienstzeitende sollen ausgeschlossen sein. Aus Gewerkschaftssicht wären hier weniger Restriktionen und mehr Flexibilität besser. Außerdem schlug die dbb Landesleitung im Auftrag des Gewerkschaftstages vor, zukünftig Budgets für Grundlagen- sowie Fortbildungsqualifizierung zu erhöhen und gesondert auszuweisen, damit insgesamt mehr Fortbildung stattfinden kann.

Geworben wurde erneut für die Wiedereinführung der Ruhege-



> Zentralabteilungsleiter Peter Falk, stellv. dbb Landesvorsitzender Hans-Dieter Gattung, Innenminister Michael Ebling, dbb Landeschefin Lilli Lenz und die stellv. Landesvorsitzenden Peter Mertens sowie Lars Lamowski (von links).

haltsfähigkeit von Zulagen im Vollzugsdienst und für die Einführung einer Angriffsentschädigung für betroffene Beschäftigte im öffentlichen Dienst sowie für ehrenamtlich Tätige.

Außerdem appellierte die dbb Landesleitung an das Innenressort, sich statusübergreifend für Verbesserungen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Landesverwaltung einzusetzen.

Innenminister Michael Ebling verwies auf die im Doppelhaushaltsentwurf enthaltenen zusätzlichen Stellen und die vorgesehenen Finanzierungs-

rahmen sowie auf das Landesgesetz zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2024/2025, die allesamt als haushaltsmäßiger Kraftakt zu betrachten seien.

An dem Gespräch nahmen Staatsminister Michael Ebling (SPD) und Zentralabteilungsleiter Peter Falk für das Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz teil. Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz wurde begleitet von den stellv. Landesvorsitzenden Hans-Dieter Gattung, Lars Lamowski und Peter Mertens sowie von Landesgeschäftsführer Malte Hestermann. ■

Gewerkschaftspolitisches Spitzengespräch

dbb bei der FDP-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz

Öffentlicher Dienst braucht Aufgabenkritik, Verwaltungsvereinfachung, Bürokratieabbau, Effizienzsteigerung und gut gemachte Digitalisierung im Dialog mit dem Personal

Mit Blick auf den Landeshaushaltsentwurf tauschten sich die Gesprächsparteien am 12.11.2024 zunächst über den darin angelegten Stellenauf-

wuchs aus. Aus Gewerkschaftssicht ist es problematisch, qualifiziertes Personal zu gewinnen. Durchgängig erforderten immer kompliziertere

Gesetze einen aufwändigen Vollzug; wo ehemals vier Mitarbeitende die Aufgaben erledigt bekommen hätten, reichen heute oftmals zwölf

Teammitglieder nicht aus.

Der FDP-Fraktionschef Philipp Fernis bestätigte verschärfte Konkurrenz und Kannibalisierung

rung um ein schrumpfendes Erwerbspersonenpotential. Umso wichtiger sei die konsequente und mit dem Haushaltsentwurf auch finanzierte Schaffung einer starken Arbeitsgeberdachmarke für den Landesdienst.

Die dbb Delegation warb dafür, neben dem Marketing auch monetäre Schritte zur Imageoptimierung im öffentlichen Dienst zu nutzen. Gefordert wurde eine „Anwärterinitiative on top“. Philipp Fernis stimmte zu, dass insbesondere bei der Akquise von Bewerberinnen und Bewerbern für die dritte Einstiegsamtsebene eine Unterfütterung mit Anreizen sowohl monetärer Natur als auch bei den Beschäftigungsrahmenbedingungen angezeigt sei. Dafür komme eventuell eine mittelfristige (Besoldungs-) Strukturveränderung in Betracht.

Erneut forderte die dbb Delegation die Abschaffung der beihilfenrechtlichen Kostendämpfungspauschale sowie die Anpassung und Dynamisierung der beihilfenrechtlichen Einkünftegrenze für berücksichtigungsfähige Ehe-/Lebenspartner.



> Die stellv. dbb Landesvorsitzende Johanna Mieder, FDP-Fraktionsvorsitzender Philipp Fernis, dbb Landeschefin Lilli Lenz und die stellv. dbb Landesvorsitzenden Lars Lamowski sowie Robert Tophofen (von links).

Der FDP-Fraktionsvorsitzende zeigte sich verständnisvoll, verwies aber auf die aktuell anspruchsvolle Haushaltslage. Mit der kürzlichen Anpassung von Besoldung und Versorgung sowie dem gleichzeitigen Attraktivierungspaket sei im finanziellen Dienstrecht viel zum Wohle der Alimentationsempfänger getan worden.

Ein bildungspolitischer Austausch schloss sich an, in dem die beiden stellv. dbb Landesvorsitzenden Lars Lamowski und Robert Tophofen mit Blick

auf Kitas und Schulen vor Deprofessionalisierung warnten und für bessere Rahmenbedingungen einstanden.

Mit Blick auf allgegenwärtige Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst warb die dbb Landesleitung für die Einführung einer Angriffsentschädigung. Philipp Fernis zeigte sich bei Verständnis für das Grundproblem der Verrohung der Gesellschaft dazu reserviert. Einigkeit bestand hinsichtlich der kritikwürdigen Rolle, die soziale Medien als

Treiber von Enttäuschung, Wut und Aggression spielen.

An dem Gespräch nahmen für die FDP-Landtagsfraktion deren Vorsitzender Philipp Fernis sowie der Fraktionsreferent Dr. Andreas Riegler (Inneres, Sport und Landesplanung) teil.

Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz wurde begleitet von den stellv. Landesvorsitzenden, Johanna Mieder, Lars Lamowski und Robert Tophofen sowie Landesgeschäftsführer Malte Hestermann.

In dankbarer Erinnerung Wilhelm Böhmer

04. August 1937 – 24. Oktober 2024

Wir haben die traurige Pflicht, über den Tod unseres Ehrenmitglieds Wilhelm Böhmer zu informieren. Der Leitende Ministerialrat i.R. verstarb am 24. Oktober 2024 in Mainz im Alter von 87 Jahren nach kurzer Krankheit. Wilhelm Böhmer hat über drei Jahrzehnte lang ehrenamtlich als Justitiar für den dbb rheinland-pfalz gearbeitet. Am 08. Dezember 2003 informierte er seinerzeit die dbb Landesleitung, dass er mit Ablauf des Gewerkschaftstages 2004 nicht mehr für das Amt zur Verfügung stehe.

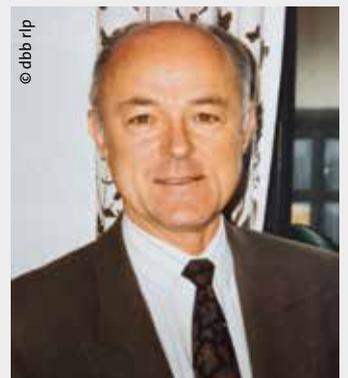
Von 1971 an hatte er dem Landesbund mit Engagement und Erfolg in der Funktion rechtsberatend

zur Seite gestanden. Im Rahmen des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes hat er Maßstäbe gesetzt. Mehr als 6.000 Rechtsschutzbegehren hat er von der Auskunftserteilung bis hin zur Prozessführung bearbeitet. Die Erfolgsquote lag dabei durchgehend bei 90 Prozent. Im Rahmen seiner Arbeit als Justitiar hat sich Wilhelm Böhmer auch um das Satzungsrecht und sonstige, mit den alltäglichen Geschäften der Gewerkschaft zusammenhängenden Rechtsfragen gekümmert.

Bereits im August 2002 wurde der Volljurist Wilhelm Böhmer nach über 30-jähriger Tätigkeit im Ministerium der Justiz Rhein-

land-Pfalz in den Ruhestand versetzt. Wilhelm Böhmer war Träger des Verdienstkreuzes am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Sein besonderer Einsatz für das Berufsbeamtenum und sein auf langjährige Erfahrung und qualifizierter Arbeit basierendes, hohes Ansehen in der Fachwelt hatten dazu geführt, dass sein hervorragendes ehrenamtliches Wirken für die Interessen der Einzelmitglieder und des gesamten dbb rheinland-pfalz im Dezember 1989 so wertschätzend anerkannt und gewürdigt wurde.

Der Gewerkschaftstag 2004 des dbb rheinland-pfalz wählte ihn



> Wilhelm Böhmer

wegen seiner herausragenden langjährigen Leistungen zum Ehrenmitglied des Landesbundes. Wilhelm Böhmer war für uns ein wertvoller Kollege, der uns sehr fehlen wird. Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie